

Einleitung

Aus dem Zusammenbruch des Ostblocks ging die westliche Demokratie als Sieger hervor, so dass Fukuyama verfrüht das „Ende der Geschichte“ prophezeite.¹ Nach dem zweiten Golfkrieg propagierte der US-Präsident Bush senior die „Neue Weltordnung“, in der internationale Organisationen unter der Führung der USA Stabilität und Frieden garantieren sollten. Jedoch kann man anhand der Ereignisse des vergangenen Jahrzehnts keineswegs von einer konfliktfreien und damit „sichereren“ Welt sprechen. Das Aufflammen des internationalen Terrorismus mit seinem Höhepunkt am 11. September 2001 zeigt, dass durchaus Konfliktpotentiale existieren, die in ihrer Intensität und Qualität eine neue Herausforderung für die Sicherheit darstellen. Diese Herausforderung nimmt durch die Globalisierung an Ausmaß zu und erfordert eine weitreichende Transformation im sicherheitspolitischen Denken.

Für viele Beobachter ist der 11. September 2001 ein tiefer Einschnitt in die sicherheitspolitische Lage weltweit. Dieser Tag markiert eine weltpolitische Zeitenwende, denn die Ereignisse des 11. September und ihre mediale Inszenierung spiegelten auf brutalster Ebene die tatsächliche Komplexität der Sicherheitspolitik wider. Der Terrorismus als eine Herausforderung für die innere Sicherheit von Nationalstaaten wurde als Strategie auch vor dem 11. September in vielen Konflikten weltweit eingesetzt und verantwortete in den jeweiligen Ländern hunderttausende Tote, Verletzte und Flüchtlinge. Ein Novum war, dass Millionen von Menschen die Attentate miterlebten und die Schicksale der Opfer stundenlang verfolgten. Ein Netzwerk gleichgesinnter Terroristen, die sich auf der Basis einer religiösen Ideologie organisierten, konnte mit den einfachsten Mitteln, durch die Umwandlung ziviler Flugzeuge in Raketen, mehrere tausend zivile Opfer und Schäden in Milliardenhöhe für die Weltwirtschaft verursachen. Die Attentäter wurden von der Aussicht, für Gott als Märtyrer zu sterben, inspiriert und verstanden sich als Helden, die gemäß der islamischen Offenbarung handelten. Dabei wurde die einzig verbliebene Supermacht in ihrem Zentrum angegriffen. Die Zerstörungskraft und die Schadenshöhe führten uns die große Intensität asymmetrischer Kriegsführung² vor Augen und manifestierten das sicherheitspolitische Dilemma, in dem sich Staaten befinden.

¹ Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München, S. 75 ff.

² Metz, Steven/ Douglas, Johnson (2001): Asymmetry and US Military Strategy: Definition, Background, and Strategic Concepts (Carlisle, PA: Strategic Studies Institute) Heft 1/Januar 2001, S. 5.

Die Anschläge machten deutlich, dass der so genannte „Low Intensity Conflict“³ eben nicht minder gefährlich ist als die klassischen Kriege. Entsprechend waren die Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September 2001. Bereits am 12. September 2001 verurteilten die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen jene Terroranschläge. Daraufhin wurde die Resolution 1368 einstimmig verabschiedet, die den Terrorismus als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschreibt. Ferner verpflichtet die Resolution alle Staaten zur Bekämpfung des Terrorismus. Auch die NATO reagierte prompt. Sie zog ebenfalls Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September und rief erstmalig den Bündnisfall aus. Diese Tatsache spiegelt die Erkenntnis wieder, dass die nationale und internationale Sicherheit nun direkt vom international agierenden Terrorismus gefährdet werden. Das führte wiederum dazu, dass der Terrorismus nun verstärkt auf die sicherheitspolitische Agenda gekommen ist und das sicherheitspolitische Denken nachhaltig beeinflusst.

Die Re-Politisierung des Sakralen“ wurde somit zu einer zentralen Größe, die bei der Gewährleistung von Sicherheit durch den Staat bedacht werden muss. Überall reagierten Regierungen auf die Anschläge von 11. September mit Gesetzesänderungen, die ihrerseits erheblichen Einfluss auf die jeweiligen Sicherheitssektoren haben. So erfuhr die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einen neuen Wendepunkt. Der Krieg gegen den Terrorismus wurde zur Leitlinie amerikanischer Sicherheitspolitik definiert. Dafür wurden die Mittel, mit denen die US-Regierung der Gefahr von Anschlägen begegnet, entscheidend geändert, so dass ein Wandel von einer reaktiven Bedrohungs- zu einer pro-aktiven Risikopolitik stattfand. Die neuen Strategien gab Präsident Bush am 20.9.2002 in der National Security Strategy (NSS) vor der Weltöffentlichkeit bekannt. Die USA fühlen sich nicht mehr durch Flotten und Armeen bedroht, sondern durch erbitterte Terroristen. Präsident Bush wertete die Anschläge als Kriegsakte und macht deutlich, dass die alten Verteidigungsstrategien von Abschreckung und Eindämmung nicht mehr ausreichen, denn nun wird bewusst, dass schemenhafte Netzwerke von Einzelpersonen großes Chaos und Leid bringen können. Terroristen durchdringen offene Gesellschaften und richten moderne Technologien gegen sie.⁴ Betrachtet man die Situation nach dem 11. September, so lassen sich tatsächlich unzählige Beweise für eine chronische Aktualität des international agierenden Terrorismus als ein geplantes und zielgerichtetes Handeln zwecks

³ Van Creveld, Martin (1998): Die Zukunft des Krieges, München, S. 243f.

⁴ The White House (2002): National Security Strategy (NSS), Washington, S. 3.

Verwirklichung von politischen Zielen durch Gewaltanwendung finden, wobei Opfer unter der zivilen Bevölkerung verstärkt im Kontext einer globalen Mediengesellschaft inszeniert werden. Er ist die zentralste Bedrohung für die Stabilität der Nationalstaaten. Es handelt sich um ein enorm heterogenes Phänomen mit einer starken Vielfältigkeit in bezug auf seine Erscheinungsformen, seine strukturelle Beschaffenheit und seinen Folgen.

Unter der Bedingung stark ausgeprägter Interdependenzen hat dies natürlich direkte Implikationen bezüglich der klassischen Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Während die nationale Sicherheit schon früher vom regionalen Stabilitätsrahmen abhängig war, wird sie heute zudem in erheblichem Ausmaß von der globalen Sicherheitslage beeinflusst, wobei die Verwundbarkeit komplexer und gleichermaßen mobiler offener Gesellschaften die Diffusion von Instabilitäten erleichtert und die Gefahrenpotentiale verstärkt. Auch soll an dieser Stelle die Verletzbarkeit des vernetzten Wirtschaftssystems nicht verschwiegen werden. Leichte Turbulenzen können hier verheerende Auswirkungen auf Gesellschaften haben und die innere Sicherheit nachhaltig schädigen. Das gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass in den neuen Konflikten nicht mehr die Definition des Krieges als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“⁵ gilt. Die neuen Bedrohungen kommen nicht von Staaten, die auf Eroberung aus sind (conquering states). Vielmehr kommen sie von solchen, die versagen (failed states).⁶ Hierbei handelt es sich um Staaten, die eine strukturelle Schwäche im herrschaftlichen Charakter haben. Nach außen hin unterstehen ihre Grenzen oft nicht mehr der staatlichen Kontrolle; innenpolitisch findet eine Fragmentierung ihrer Gesellschaften statt. Ideologische, kulturelle, religiöse und sprachliche Trennungslinien manifestieren sich in Form eines aggressiven, religiös motivierten Fundamentalismus oder eines nicht weniger gefährlichen Ethnonationalismus. Diese Staaten dienen terroristischen Organisationen als Basis, so dass sie von dort aus ihre irregulären Kriege führen können.

Es ist zu bedenken, dass sich zunehmend die Tatsache herauskristallisiert, dass nicht nur das Bestreben von Staaten, ihre Einflussosphäre und relative Macht zu vergrößern, die Quelle heutiger Konflikte darstellt, sondern auch die Schwächung von Staaten und ihr drohender Zerfall. Zerfallene oder im

⁵ Vgl. Von Clausewitz, Carl (1869): Vom Kriege, Herausgegeben von: Seidlitz, Wolfgang (1999): Sämtliche Schriften, Band I, Berlin.

⁶ Vgl. Esty, Daniel C./ Goldstone, Jack/ Gurr, Ted R. (1998): The State Failure Project: Early Warning Research for US Foreign Policy Planning, in: Davies, John L./ Gurr, Ted R. (Hrsg.): *reventive Measures. Building Risk Assessment and Crisis Early Warning Systems*, Boulder.

Zerfallsprozess sich befindende Staaten tragen Konfliktpotentiale in sich, die mit der Logik und den Denkstrukturen des Kalten Krieges nicht mehr zu verstehen sind. Auch greifen die Strategien und Mechanismen der Konfliktbewältigung, die auf ein hohes Potential der gegenseitigen Abschreckung fußten, bei der Abwendung heutiger Gefahren nicht. Die Welt wird von einer Machtasymmetrie bestimmt, die die Intensität vieler Konflikte steigert. Das Drohpotential der einzigen Supermacht verhindert Konflikte nicht, vielmehr werden Strukturen neuer Kriegearten sichtbar.

Die deregulierte Gewaltausübung von nichtstaatlichen Akteuren stellt nunmehr die größte Bedrohung für die internationale Stabilität dar. Daraus ergibt sich, dass der größte Teil unseres Denkens, wie mit dem Problem des Krieges umzugehen ist, irrelevant geworden ist. Holsti nennt diese Kriege „*wars of the third kind*“, und unterscheidet sie von den Kriegen des 18. Jahrhunderts und den „totalen Kriegen“ der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, denn sie sind gewöhnlich lang andauernde Abnutzungskriege aus einem Gemisch von Guerillataktiken und Terrorismus. In diesen werden die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten verwischt, Gemeinschaften zerstört, großes menschliches Leid verursacht und Flüchtlingsströme in Bewegung gesetzt.⁷ „*Wars of the third kind*“ werden nicht um Territorien ausgefochten, sondern um Ideologien und Weltanschauungen. Genau diese neue Form des Krieges wird von islamistischen Gruppierungen im Kontext ihres Djihads gegen *al hulul al mustawradal* importierte Lösungen geführt.⁸ Sie erlaubt ihnen eine gewisse Transzendenz des Menschen, in der nicht die Tötungsabsicht der Kämpfer, sondern deren Opferungs- bzw. Todesbereitschaft für höhere Ziele maßgebend ist.⁹ Auf der Grundlage ihrer Weltanschauung unterscheiden sie nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, sondern zwischen *mu'minun/* Gläubigen und *kafirun/* Ungläubigen.¹⁰ Im Falle der von Tibi untersuchten islamistischen Weltanschauung wird deutlich, dass die Religion ihr Herzstück darstellt. Kombiniert mit der Tatsache, dass religiöse Loyalitäten und Einstellungen viel tiefer in den Menschen verankert sind als rein politische Bindungen, werden durch eine gewaltbejahende Weltanschauung mobilisierte Menschen zu unvorstellbaren Grausamkeiten verleitet. Von einer religiösen

⁷ Vgl. Holsti, Kalevi J. (1996): *The State, War, and the State of War*, Cambridge.

⁸ Tibi, Bassam (1998): *The Challenge of Fundamentalism: Political Islam and the New World Disorder*, Berkeley, S. 7.

⁹ Van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*, a.a.O., S. 278.

¹⁰ Vgl. Tibi, Bassam (2004): *Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit*, Darmstadt, S. 43 ff.

Weltanschauung geleitete Gewalt kennzeichnet den islamistischen *Djihadismus*/ Djihadterrorismus, als „action directe“¹¹ des Islamismus. Sie stellt die zentralste sicherheitspolitische Herausforderung dar, die den modernen Staat in seiner Existenz bedroht, weil sie den universalistischen Anspruch einer Religion mit aller Radikalität durchsetzen und die Westfälische Ordnung durch eine göttliche Ordnung ersetzen will. Dies ist die Folge dessen, dass durch die Verknüpfung einer religiösen Weltanschauung mit politischen Ambitionen der Islamismus entstanden ist.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen dient als Ausgangspunkt dieser Untersuchung die Arbeitshypothese, dass die moderne postbipolare Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert sich zunehmend mit dem Problem des wachsenden religiösen Fundamentalismus als entscheidender Variable auseinandersetzen muss. Dabei müssen weltanschauliche Eigenarten und Unterschiede in die Analyse einbezogen werden, denn die Weltanschauung als ein charakteristisches Bündel von Einstellungen und Werten ist nicht nur die Basis für die Wahrnehmung von politischen Realitäten. Vielmehr spielt sie eine zentrale konflikteskalierende Rolle, denn sie liefert eine spezifische Deutung der Welt. Die Weltanschauung bildet einen strukturellen Zusammenhang, „in welchem auf der Grundlage eines Weltbildes die Fragen nach Bedeutung und Sinn der Welt entschieden und hieraus Ideal, höchstes Gut, oberste Grundsätze für die Lebensführung abgeleitet werden.“¹² Speist sie sich in erster Linie aus religiösen Quellen, so wirken die in ihr „inkorporierten Bewertungs- und Deutungsschemata“¹³ leitend auf das Handeln von Menschen. Somit ist die Weltanschauung in der alltäglichen Praxis der Gläubigen fundiert. Da Religion in den meisten Gesellschaften als die selbstverständliche Grundlage menschlichen Denkens gilt, bestimmt sie ihre zivilisatorische Wahrnehmung. Werden weltanschauliche Unterschiede entlang zivilisatorischer Bruchlinien¹⁴ von radikalisierten Gruppen instrumentalisiert, so droht eine Politisierung von Zivilisationsbewusstsein, die eine neue Qualität der Konfliktaustragung in sich birgt. Für die Sicherheitsgewährleis-

¹¹ Mit Rückgriff auf Georges Sorels interpretiert Tibi im heutigen Islam den Djihadismus als die direkte Aktion der Islamisten. Vgl. ebd. S. 115.

¹² Dilthey, Wilhelm (1931): Weltanschauungslehre, in: Dilthey, Wilhelm (Hrsg.): Gesammelte Schriften, VIII. Band., Leipzig/ Berlin, S. 82.

¹³ Bourdieu, Pierre (1994): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main.

¹⁴ Huntington, S. P. (1993): The Clash of Civilizations? Foreign Affairs, summer 1993, Vol. 72 Iss 3, S. 22-28, hier S. 22 f., sowie ders. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York.

tung ist dies eine neuartige Herausforderung. In Anbetracht der Tatsache, dass die Gewährleistung der nationalen Sicherheit die Hauptfunktion des modernen Staates darstellt, erhält der Sicherheitsbegriff im Zeichen der Globalisierung eine neue Dimension. Die Sicherheitspolitik soll die Aufrechterhaltung einer möglichst hohen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Stabilität insbesondere im eigenen Umfeld garantieren.

Die komplexen Interdependenzen erfordern ausdifferenzierte und vielschichtige Mechanismen der Konfliktbewältigung - auch im Rahmen der Abwendung von zivilisatorischen Konflikten. Daher bedarf es bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Sicherheitsproblematik im Kontext wachsender Bedeutung der Weltanschauung mehrerer Teilhypothesen, die der Komplexität des Themas entsprechen und mehrere Bereiche der Forschung miteinander verbinden. Bei der Untersuchung des sicherheitspolitischen Umfeldes lassen sich einige sich wechselseitig beeinflussende Entwicklungstendenzen ausmachen, die in ihrer Gesamtheit die neuen Herausforderungen für die moderne Sicherheitspolitik zeigen. Dabei handelt es sich um:

- Globalisierung
- globale Migrationskrise
- zunehmende Erscheinung des Staatszerfalls
- zunehmende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure/ das Problem der De-Regulation der Gewalt (Terrorismus).

So kann der Staat nur dann effektiv seine Sicherheitsaufgabe wahrnehmen, wenn er tatsächlich über ein durchsetzbares Gewaltmonopol verfügt. Im Umkehrschluss kann diese Teilhypothese auch so formuliert werden, dass nur dann, wenn der Staat in der Lage ist, die Sicherheit seiner Bürger auf der Grundlage seines Gewaltmonopols zu gewährleisten, seine Legitimität und folglich sein Fortbestehen möglich sind. Anhand der Entwicklung wird deutlich, dass eine grundsätzliche Diskussion über die Bedeutung von Sicherheit und die Fähigkeit von Staaten, Sicherheit für die Bürger im Rahmen demokratischer Normen zu organisieren, unabdingbar für die Fortentwicklung des demokratischen Prozesses westlicher Staaten ist. Hierfür ist es notwendig, sich im Kontext der Auflösung der traditionellen Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit mit den Gefährdungen an ihren Entstehungsorten im jeweiligen gesellschaftspolitischen Umfeld auseinanderzusetzen. Es scheint, als ob wir zunehmend mit einer verheerenden Diffusion von Konflikten konfrontiert sind, die wir nur werden bewältigen können, wenn wir tatsächlich ausreichend Handlungswissen besitzen, um eine Nachhaltigkeit im Sin-

ne einer gesellschaftlichen Stabilisierung zu produzieren. Die sicherheitspolitische Grundstrategie muss die Förderung von Frieden und Stabilität zum Ziel haben, also die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Wahrscheinlichkeit des Entstehens von Konflikten im globalen Raum vermindern, um den Bumerangeffekt solcher Konflikte und die damit verbundene Gefährdung der inneren Sicherheit eines Staates abwenden zu können. Des Weiteren muss sich die neue Sicherheitspolitik mit der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Kriegsregionen beschäftigen.

Die globale Reichweite, der offene Zeithorizont, die Mischung von nicht-staatlichen und staatlichen Zielen, sowie die konsequente Freund-Feind-Kategorisierung sind die wichtigsten Bestandteile neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Dies ist von großer Bedeutung für die innere Sicherheit eines Staates, weil durch die Migration einst relativ homogene Gesellschaften zivilisatorisch heterogener geworden sind. Um Sicherheit zu erreichen, wird es kaum vermeidbar sein, sicherheitspolitisch relevante Themen zu analysieren. Das Entwickeln von Mechanismen und Frühwarnsystemen, die im Falle eines Gewaltausbruchs rechtzeitig greifen und die Diffusion von Gewalt und damit die Destabilisierung der Weltordnung verhindern können, ist von großer Notwendigkeit, insbesondere um die charakteristischen Grundzüge demokratischer Gesellschaften nicht nachhaltig zu schädigen. Dafür müssen Tabus auch im ideologisch dominierten Migrationsdiskurs aufgebrochen werden. Durch die Migration werden Weltanschauungen auf das Engste miteinander konfrontiert. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dies zunächst unproblematisch. Beansprucht jedoch eine dieser Weltanschauungen einen alleinigen Geltungsanspruch und tritt sie aggressiv und radikal auf, um diesen Anspruch auch mit Gewalt durchzusetzen, so entsteht aus dieser Art und Weise der Wahrnehmung der Welt eine reale Gefahr für die Sicherheit von Staaten. Im Falle der islamistischen Weltanschauung ist diese Gefahr immanent, denn:

„[I]n den Begegnungen zwischen dem Westen und dem Islam wird darum gekämpft, wer die Definition einer Weltordnung durchzusetzen imstande sein wird. Wird es der Westen sein, mit seinen Vorstellungen von territorialen Grenzen, Marktwirtschaft und privater Religiosität und der Priorität von individuellen Rechten? Oder wird es der Islam sein, mit seiner Betonung einer stammesübergreifenden Gemeinschaft

(Umma), die dazu aufgerufen ist, eine auf einem reinen Monotheismus [...] basierende Sozialordnung zu errichten?“¹⁵

Dies muss im Kontext der neuen Qualität des Globalisierungsprozesses interpretiert werden, der eine „Transformation von Raum und Zeit“¹⁶ herbeigeführt hat. Wir können eine Intensivierung weltweiter transnationaler sozialer Beziehungen beobachten, was dazu führt, dass „weit entfernte Ereignisse uns heute unmittelbar und schneller als je zuvor betreffen. Umgekehrt haben unsere privaten Handlungen oftmals globale Auswirkungen.“¹⁷ Dies impliziert nicht nur eine Zunahme von Reibungsmomenten und Konfliktsituationen. Eine der Auswirkungen der Globalisierung lässt sich darin ausmachen, dass daraus resultierende komplexe Interdependenzen die Grenze zwischen Innenpolitik (innerer Sicherheit) und Außenpolitik auflösen.

Daraus entsteht eine weitere Teilhypothese, die davon ausgeht, dass die innere Sicherheit westlicher Demokratien nur dann gewährleistet werden kann, wenn diese Staaten sich mit dem Phänomen des Islamismus und seiner militanten Spielart Djihadismus an deren Entstehungsorten, also innerhalb der islamischen Zivilisation und im Kontext der soziokulturellen Ereignisse vor Ort auseinandersetzen. Hierbei wird die Komplexität bei der Gestaltung des Sicherheitssektors deutlich, denn die vermeintliche Aufteilung der Welt in Friedenszonen demokratischer Wohlfahrtsstaaten und Kriegszonen¹⁸, die durch chaotische Zustände charakterisiert sind, wird durch die Realität ad absurdum geführt. Geographische oder politische Grenzen sowie räumliche Entfernung zu Konfliktherden stellen keinen ausreichenden Schutz mehr dar. Erschwerend wirkt die Unüberschaubarkeit von Konfliktstrukturen, in denen die kulturellen und zivilisatorischen Faktoren überbetont und als hauptsächliche Konfliktmotivation angegeben werden. Konflikte werden zunehmend entlang kultureller, religiöser oder ethnischer Bruchlinien interpretiert, was den unvoreingenommenen Zugang blockiert und polarisierend wirkt.

Demnach muss das sicherheitspolitische Denken in Hinblick auf die globale sicherheitspolitische Lage und die dadurch verursachten dynamischen Entwicklungen so ergänzt werden, dass rechtzeitig und legal auf Krisen, die jenseits nationalstaatlicher Grenzen entstehen, aber dennoch direkte Auswirkungen auf die staatliche Garantie der Sicherheitsgewährleistung haben, rea-

¹⁵ Kelsay, John (1993): *Islam and War*, Louisville, S. 117.

¹⁶ Hirst, Paul/Thompson, Grahame (1996): *Globalization in question*, Cambridge S. 49.

¹⁷ Giddens, Anthony (1999): *Der dritte Weg*, Frankfurt am Main, S. 43.

¹⁸ Singer, Max/ Wildavsky, Aaron (1993): *The Real World Order: Zones of Peace and Zones of Turmoil*, Chatham/ New Jersey.

giert werden kann. In diesem Sinne muss auf die Stärkung staatlicher Institutionen hingewirkt werden, so dass der Deregulierung der Gewalt im internationalen Rahmen zeitech Einhalt geboten werden kann. Hierbei wird im Rahmen dieser Arbeit die Teilhypothese aufgestellt, dass dies nur gelingen kann, wenn die Gewalt in ihrem weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kontext eingeordnet und analysiert wird. Das neue sicherheitspolitische Umfeld muss dabei maßgeblich den Bezugsrahmen für die Gestaltung der sicherheitspolitischen Eckpfeiler bestimmen.

Die Bereitschaft zur Gewalt und vor allem zur Selbstaufopferung für ein politisches Ziel müssen in den Strukturen betroffener Gesellschaften erklärt werden. In bezug auf die arabische Welt soll dies auf der Grundlage der Teilhypothese, dass Gewalt zunehmend ein Identitätsmerkmal einer sich defensiv gebenden arabischen Kultur, in der oft die *Nicht-Gewalt* massiv sanktioniert wird, analysiert werden. Gemäß der dortigen Weltanschauung werden Attentäter als Märtyrer gefeiert und Feindbilder gepflegt. Dabei scheint es unwichtig zu sein, ob diese Attentäter religiösen oder säkularen Terrororganisationen angehören. In den letzten beiden Jahrzehnten hat der Terrorismus in der islamischen Zivilisation eine spezifische Ausprägung entwickelt. Diese Form kann nicht losgelöst von den allgemeinen gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sowie Entwicklungen des islamischen Raumes betrachtet werden. Fokussiert man die arabischen Gesellschaften als Wiege des Islam, so kann man keineswegs die These aufrechterhalten, wonach die ökonomische Situation die Hauptursache der Gewalt ist. Fast alle Attentäter vom 11. September kamen aus eher reicheren Familien. Auch bestätigen Untersuchungen, dass fast alle Selbstmordattentäter in den palästinensischen Gebieten aus relativ gut situierten Familien stammen und eine gute Schul- bzw. Hochschulausbildung hatten.¹⁹ Der Islamismus ist ein Produkt dieser Gesellschaften. Seine Ursachen und Wurzeln liegen darin begründet und müssen im Rahmen dieser Strukturen interpretiert werden. Äußere Faktoren wie die Globalisierung sind beschleunigende Momente. Dabei nimmt der autoritäre Charakter arabischer Gesellschaften eine wichtige Rolle ein, denn diese Eigenschaft prägt die Wahrnehmung von Realitäten maßgebend. Der Terrorismus als Produkt der gesellschaftlichen Umstände und der höchst dynamischen und komplexen Prozesse innerhalb der islamischen Zivilisation und in ihrem Umfeld hat starke destabilisierende

¹⁹ Vgl. Merari, Ariel (2004): Suicide Terrorism in the context of the Israeli-Palestinian Conflict, Tel Aviv, S. 4f.

Auswirkungen auf die Staatlichkeit sowohl von Nationalstaaten im islamischen Raum als auch von Staaten der westlichen Zivilisation.

Gewaltbereite Islamisten betrachten den Westen als einen „arroganten Gegner“, den es zu vernichten gilt. Dabei findet eine Art Dämonisierung der Außenwelt und die Zurückführung allen Übels auf ihre Machenschaften statt.²⁰

Dies wird nicht zuletzt durch die *Al-Jazeera-Reden* von Bin Laden deutlich, der darin eine religiös verpflichtende und an sich heilige Aufgabe definiert und zum Dihad gegen die Ungläubigen und seinen Verbündeten aufruft. Die ideologische Polarisierung der Welt in *Dar-al-Islam/ Haus des Islam* und *Dar-al-Harb/ Haus des Krieges*²¹ und der propagierte Anspruch auf universeller Geltung seitens der islamischen Orthodoxie bei gleichzeitiger fortwährender Marginalisierung der islamischen Zivilisation und insbesondere der arabischen Welt haben dazu geführt, dass das Gefühl der Ohnmacht und der Unterlegenheit, das seit dem Einzug Napoleons in Ägypten und den wiederholten Niederlagen im Rahmen des Nahostkonfliktes immanent vorhanden war, derart verstärkt wurde, dass djihadistische Kräfte, die radikale, aber leicht vermittelbare Konzepte vertreten, Handlungsräume gewinnen.

Islamisten können sich erfolgreich durchsetzen, weil ihre Konzepte auf einer in der islamischen Zivilisation vorherrschenden Weltanschauung basieren und weil in ihren Gesellschaften Protestbewegungen gegen den Westen, der als dominant empfunden wird, großen Zuspruch haben.²² Dabei bieten die fehlende Legitimität staatlicher Ordnung, ihre Unfähigkeit, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, verbunden mit dem Scheitern der Modernisierungs- und Transformationsprozesse in den meisten islamischen Ländern den fruchtbaren Boden für die Radikalisierung der Menschen.²³ Die fehlende Verinnerlichung demokratischer Grundprinzipien erschwert die Bildung eines staatstragenden Konsenses, denn „La démocratie ... présuppose l'existence d'un consensus sur les valeurs, qui impose des limites à l'esprit de parti“²⁴. Der vormoderne Staat kann somit keine Wege und Mittel finden, um angemessen auf eine Reihe sozialer, ökonomischer und politischer Schief lagen zu reagieren.

²⁰ Tibi, Bassam (1992): Kreuzzug oder Dialog; in: Volker, Matthias (Hrsg.): Kreuzzug oder Dialog – Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehung, Bonn, S.115.

²¹ Vgl. Lewis, Bernard (1984): Comment l’Islam a découvert l’Europe, Paris, S. 53-54.

²² Vgl. Marty/Appleby (1996): Herausforderung Fundamentalismus, Frankfurt am Main, S. 35.

²³ Tibi, Bassam (1991): Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels. Frankfurt am Main.

²⁴ Kissinger, H. (1996): Diplomatie (éd. originale, 1994), Paris, S. 74.

Der moderne Rechtsstaat muss dagegen die Sicherheit seiner Bürger weitestgehend garantieren können. Jedoch nutzen seine Gegner eben jene Rechtsstaatlichkeit, um ihn zu bekämpfen. Als Konsequenz daraus kann die Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland, die durch den Islamismus hervorgerufen wird, nicht damit abgetan werden, dass nur eine kleine Minderheit der muslimischen Migranten fundamentalistisch orientiert und eine noch kleinere Minderheit militant ist. Die wirkliche Gefahr resultiert aus der polarisierenden Wirkung dieser Gruppen auf der Grundlage einer gemeinsamen weltanschaulichen Wahrnehmung von Konfliktmomenten, was zu Radikalisierung der muslimischen Mehrheiten führen könnte.

Seinem Wesen nach ist der Islamismus kein Traditionalismus, sondern ein moderner Totalitarismus. In diesem Zusammenhang kommt den islamistischen Organisationen eine womöglich größere Relevanz in ihrer Funktion als Mobilisierungsagenturen einer politisch vermittelten „Gegen-Akkulturation“²⁵ zu. Gemäß Popper ist die Demokratie die politische Organisationsform der offenen Gesellschaft, die sich im Unterschied zur geschlossenen und kollektivistischen Stammesgesellschaft dadurch auszeichnet, dass sie von Individuen getragen wird, die persönliche Entscheidungen treffen und sich frei, gemäß ihren je eigenen Wertmaßstäben, entfalten können. Damit sind offene Gesellschaften dynamisch und innovativ, denn sie lassen öffentliche Kritik und dauernde Reform zu. Somit ist die offene Gesellschaft ein Forum der Konkurrenz verschiedener Auffassungen über das Gute, welche maximale Autonomie des Einzelnen ermöglicht, sofern diese mit der Freiheit aller zusammenstimmt. Der Islamismus ist die Antithese hierzu, denn in seiner Totalitarität toleriert er eben keine anderen Sichten der Welt. Seinem Wahrheitsanspruch liegt ein Offenbarungsmodell zu Grunde.

Der fundamentalistische Wahrheitsanspruch unterscheidet nicht zwischen der theoretischen Geltung von Wahrheitsbehauptungen und deren Quellen, sodass der Anschein entsteht, „dass es tatsächlich autoritative Quellen unserer Erkenntnis gibt.“²⁶ Damit greift er die Grundpfeiler der offenen Gesellschaft an, denn er torpediert jede Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und verbietet sowohl öffentliche als auch private Kritik. Die gewaltfreie Veränderung von politischen Verhältnissen durch demokratische Willensbildung wird also massiv behindert. Die Gefährdung des demokratischen Prozesses, welcher sich über Jahre zum gesellschaftlichen Konsens entwickelte,

²⁵ Tibi, Bassam (1995): Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus, Hamburg, S. 82.

²⁶ Popper, Karl R. (1993/94): Vermutungen und Widerlegungen, Tübingen, Bd. I. S.29.

produziert kolossale gesellschaftliche Desintegrationskräfte, die die Sicherheitsgewährleistung durch den modernen Staat komplizierter machen.

Vorgehensweise

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen und Problemstellung stellt sich für diese Arbeit die Frage nach spezifischen Merkmalen des *Dжихadismus*/ islamisch motivierten Terrorismus, oder anders gesagt, nach eventuellen qualitativen Unterschieden in der Motivation und Zielsetzung und damit verbunden nach seiner Auswirkung und seinem Einfluss auf die von ihm herausgeforderten Nationalstaaten. Die Untersuchung des religiös motivierten Terrorismus islamischer Prägung soll die Chance eröffnen, die tatsächlich wirksamen kulturellen und sozialen Mechanismen und Strukturen, die das Entstehen und die Erfolge radikal-religiöser Gruppierungen erklären, aufzudecken. In Bezug darauf stellt sich für diese Arbeit ferner die Frage nach den gesellschaftlichen Konstellationen, die die spezifische Art des *Dжихadismus* maßgeblich beeinflussen und zur Formulierung seiner Zielsetzung beitragen, um schließlich die Implikationen für die Gestaltung der Sicherheitspolitik in Deutschland unter Bezugnahme auf die Bedeutung der Migration zu analysieren.

Ausgehend von diesen Überlegungen soll in der vorliegenden Untersuchung der Versuch unternommen werden, die Grundlage eines differenzierten Verstehens der Rahmenbedingungen, in denen der Staat seinen Sicherheitsgewährleistungsaufgaben nachkommen muss, zu erschließen. Das Argument wird in zwei Schritten, einer theoretischen und einer empirischen Analyse, entfaltet. Die weitreichende Forderung nach der Einbeziehung der Weltanschauung in die Konfliktanalyse im Kontext der Sicherheitsgewährung macht eine ausführliche Begründung des Sicherheitsbegriffs notwendig. Darauf aufbauend wird die kontextorientierte Analyse der Gefährdungen durch den *Dжихadismus* bearbeitet.

Im Mittelpunkt des ersten Teils stehen der Sicherheitsbegriff und seine evolutionäre Entwicklung. Dabei soll die Bedeutung von Sicherheit als Staatsaufgabe sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene ausgehend von den Teilhypothese diskutiert werden, dass nur wenn der Nationalstaat in der Lage ist, die Sicherheit zu organisieren, die internationale Sicherheit im Ergebnis erreicht werden kann. Scheitert der Staat, so entstehen verheerende Risiken für die lokale, regionale und im Extremfall globale Sicherheit. Darüber hinaus müssen sicherheitspolitische Akteure, wenn sie die Sicherheit in einer sich globalisierenden Welt nachhaltig organisieren wollen, die Gefah-

ren an ihren Entstehungsorten studieren und gegebenenfalls dort darauf reagieren. Schaffen sie dieses nicht, so könnten diese Konflikte schnell überschwappen und zu globalen Irritationen und Destabilisierungen führen. Aus der Problematisierung des „Schwachen Staates“ soll die Deregulierung der Gewalt erklärt und das Phänomen des Terrorismus untersucht werden. Der zweite Teil beschäftigt sich differenziert mit der politischen Gewalt anhand des Beispiels des Djihadismus. Seine Ursachen werden innerhalb der islamischen Zivilisation gesucht, wobei das sozialpsychologische Argument betont wird.

Am Beispiel der arabischen Welt als Geburtsstätte des Islams, der islamischen Zivilisation und des Islamismus soll gezeigt werden, dass Gewalt als Ausdruck von Ohnmacht sich zum Identitätsmerkmal der gegenwärtigen arabischen Kultur entwickelt hat. Daraus ergibt sich, dass die kulturellen Rahmenbedingungen und weltanschaulichen Determinanten die Wahrnehmung der Menschen prägen und ihr Verhalten beeinflussen. Ausgehend von den im ersten Teil gewonnenen theoretischen Erkenntnissen, wird im zweiten Teil also eine Kontrastierung des Gewaltphänomens vorgenommen. Die Ideologie, die Weltanschauung und die Einbindung des Islamismus in seine gesellschaftliche Umgebung, tragen dazu bei, dass das Phänomen in seiner langfristigen Reichweite besser verstanden werden kann. Sowohl der Islamismus als auch seine militarisierte Form Djihadismus sind Produkte der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der zivilisatorischen Weltanschauung, in der sie entstanden sind und ihre Entwicklung erfahren haben. Anhand des politisierten Islams wird die Bedeutung der Weltanschauung bei der Analyse von Konflikten im postbipolaren Zeitalter deutlich. Religiöse Mobilisierung und eine gewaltbejahende Weltanschauung sind die Grundpfeiler, die man erkennen muss, um den Djihadismus in seiner Reichweite bei der Gestaltung von Sicherheit einordnen zu können. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht die Frage nach dem Identitätsbildungsprozess, wobei das Scheitern des Modernisierungsprojektes dazu geführt hat, dass sich der Islamismus nun als Alternative anbietet.

Die Diskussion über die Bildung von Identität und die angebotene djihadistische Weltanschauung als Alternativprojekt ist deswegen von Bedeutung für die Sicherheitspolitik, weil eine sich durchsetzende negative Defensividentität, wie wir sie in der arabischen Welt beobachten können, die Menschen für radikale Ideologien anfällig macht. Eben diese negative Defensividentität setzt sich auch unter muslimischen Migranten in Deutschland durch. Diese Feststellung ist wichtig in bezug auf die Gewährung von Sicherheit in der Bundesrepublik und begründet eine weitere Teilhypothese, die abschließend

diskutiert werden soll. Sollte die Integration der Muslime in Deutschland nicht gelingen, so könnten innerhalb der muslimischen Migrantengruppe ähnliche Gewalt fördernde Phänomene ablaufen. Die Suche nach Identität bei fehlender Integration schafft Räume für extreme Ideologien. Diese werden von Ideologen im Kontext einer *djihadistischen Weltfront* ausgenutzt. Der Islamismus taucht als Heilsideologie auf und wird angenommen, denn er betont die Unterschiede und hebt die „moralisch reinere“ eigene Gruppe ab. Aus erfahrenen Misserfolgen resultierende Minderwertigkeitsgefühle werden so kompensiert.

Mit dieser Analyse wird ganz im Sinne der historischen Soziologie²⁷ das Ziel verfolgt, die spezifischen Wesensmerkmale des Djihadismus als eine Form des religiös motivierten und international agierenden Terrorismus offen zu legen. Die Ergebnisse daraus fließen ein in die Beurteilung der Gestaltung der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung neuer Herausforderungen, insbesondere in der Kombination von Migration und weltanschaulicher Konfliktkonstellation. Dabei wird angenommen, dass aufgrund von Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfeldes die Sicherheitspolitik neue Konzepte entwickeln muss, um sicherheitspolitischen Gefahren rechtzeitig und nachhaltig begegnen zu können.

An dieser Stelle wird auf Grund der Breite der Thematik darauf verzichtet, einleitend den Stand der Forschung darzustellen. Vielmehr wird im jeweiligen Kapitel die entsprechende wissenschaftliche Diskussion beschrieben und kritisch bewertet. Diese Vorgehensweise ist angemessen, weil sie die Fokussierung auf die wesentlichen Grundlagen ermöglicht und trotzdem den weiten Umfang des Forschungsfeldes und die Komplexität des Themas abbildet.

²⁷ Zur Schule der historischen Soziologie vgl. das Standardwerk von Skocpol, Theda (Hrsg.) (1984): *Vision and Method in Historical Sociology*, Cambridge.